

Allgemeiner Teil

Kantonsrat

Kurzprotokoll der Januarsession 2011

Übersicht

Am Montag und am Dienstag, dem 24. und 25. Januar 2011, fand unter dem Vorsitz von Leo Müller, Ruswil, eine Session des Kantonsrates statt. Der Kantonsrat hiess nach der 2. Beratung die Änderung des Gesetzes über die Volksschulbildung gut. Mit einem Kantonsratsbeschluss lehnte der Rat die Volksinitiative «Mit(be)stimmen!» ab. Ebenso lehnte er nach der 1. Beratung eine Änderung der Verfassung des Kantons Luzern und damit den Gegenvorschlag des Regierungsrates zur Volksinitiative ab. Mit einem weiteren Kantonsratsbeschluss beschloss der Kantonsrat, der Bundesversammlung eine Kantonsinitiative betreffend Gewaltspiele und -sportarten und den Jugendschutz im Sinn einer allgemeinen Anregung zu unterbreiten.

Der Kantonsrat nahm Kenntnis vom Rücktritt einer Jugendanwältin und vom Eingang von zwei Petitionen. Er wies drei Sachgeschäfte und eine Petition zur Vorbereitung ständigen Kommissionen zu und nahm Kenntnis von Wechseln in ständigen Kommissionen. Eröffnet wurde der Eingang von 23 parlamentarischen Vorstössen. Die für sieben Vorstösse beantragte dringliche Behandlung wurde für einen Vorstoss beschlossen und durchgeführt.

Alle 40 traktandierten Geschäfte konnten behandelt werden.

Rechtsetzung

Gesetz über die Volksschulbildung. Der Entwurf einer Änderung des Gesetzes über die Volksschulbildung gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 18. Juni 2010 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 27 vom 10. Juli 2010, S. 1978) wurde in 2. Beratung behandelt (Kommission Erziehung, Bildung und Kultur unter dem Vorsitz von Angela Pfäffli, Grosswangen) und unter Berücksichtigung von Anträgen der Kommission mit 81 zu 21 Stimmen gutgeheissen. Durch diese Gesetzesänderung werden die Gemeinden verpflichtet, innert fünf Jahren seit Inkrafttreten das zweijährige Kindergartenangebot einzuführen. Der Besuch eines zweiten Kindergartenjahres ist für die Kinder weiterhin freiwillig und das obligatorische Eintrittsalter wird gegenüber der heutigen Regelung nicht verändert. Im Weiteren wird den Gemeinden ermöglicht, den zweijährigen Kindergarten und die ersten zwei Jahre der Primarschule auch als vierjährige Basisstufe führen zu können. Die Sekundarschule kann nach Niveaus getrennt, organisatorisch eng verknüpft (kooperativ) oder zu einem gemeinsamen Schultyp verbunden (integriert) geführt werden. Im kooperativen und im integrierten Modell werden die Fächer Deutsch, Englisch, Französisch und Mathematik in Niveaugruppen getrennt geführt. Die Gesetzesänderung (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 4 vom 29. Januar 2011, S. 214) unterliegt der Volksabstimmung.

Volksinitiative «Mit(be)stimmen!». Der Entwurf eines Kantonsratsbeschlusses über die Volksinitiative «Mit(be)stimmen!» gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 6. Juli 2010 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 31 vom 7. August 2010, S. 2223) wurde behandelt (Staatspolitische Kommission unter dem Vorsitz von Nadia Britschgi, Ballwil) und unter Berücksichtigung eines Antrags der Kommission mit 91 zu 21 Stimmen gutgeheissen. Mit der Zustimmung zu diesem Kantonsratsbeschluss lehnte der Kantonsrat die am 18. Juni 2009 eingereichte Volksinitiative «Mit(be)stimmen!» ab. Ebenso lehnte der Rat in der 1. Beratung den Entwurf einer Änderung der Verfassung des Kantons Luzern und damit den Gegenentwurf des Regierungsrates zur Volksinitiative ab. Durch diesen Gegenvorschlag hätte den Gemeinden ermöglicht werden sollen, den niederlassungsberechtigten Ausländerinnen und Ausländern das Stimmrecht zu gewähren. Die Volksinitiative «Mit(be)stimmen!» (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 4 vom 29. Januar 2011, S. 213) unterliegt der Volksabstimmung.

Kantonsinitiative betreffend Gewaltspiele und -sportarten und den Jugendschutz. Der Entwurf eines Kantonsratsbeschlusses über eine Kantonsinitiative betreffend Gewaltspiele und -sportarten und den Jugendschutz gemäss Vorlage des Regierungsrates vom 16. November 2010 (siehe Luzerner Kantonsblatt Nr. 48 vom 4. Dezember 2010, S. 3437) wurde behandelt (Kommission Justiz und Sicherheit unter dem Vorsitz von Thomas Willi, Emmenbrücke) und mit 104 Stimmen zu 1 Stimme gutgeheissen. Gestützt auf Artikel 160 Absatz 1 der Bundesverfassung und § 49 Unterabsatz a der Verfassung des Kantons Luzern unterbreitet der Kanton Luzern der Bundesversammlung eine Kantonsinitiative im Sinn einer allgemeinen Anregung. Diese Initiative zielt darauf ab, die Durchführung von Kampfveranstaltungen in «Mixed-Martial-Arts» oder «Ultimate Fighting» und das Zugänglichmachen von Bildmaterial über solche Veranstaltungen in der Schweiz zu verbieten. Ebenso sollen das Trainieren und das Ausüben solcher Gewaltspiele und -sportarten verboten werden. Zudem verfolgt die Initiative die Absicht, die Herstellung, die Anpreisung, die Einfuhr, den Verkauf und die Weitergabe von Spielprogrammen zu verbieten, in denen grausame Gewalttätigkeiten gegen Menschen und menschenähnliche Wesen zum Spielerfolg beitragen. Zu treffen sind auch administrativ-rechtliche Massnahmen (z.B. eine eidgenössische Zulassungsstelle), die einen einheitlichen und umfassenden Kinder- und Jugendmedienschutz in der Schweiz gewährleisten.

Eintritte

Kommissionen. Der Kantonsrat nahm zur Kenntnis, dass Hans Luternauer, Reiden, nach einem einjährigen Unterbruch wieder als Mitglied in der Staatspolitischen Kommission anwesend sein wird und Stefan Roth, Luzern, (anstelle von Leo Müller, Ruswil, infolge Wahl zum Kantonsratspräsidenten) für ein Jahr Einsitz in die Kommission Wirtschaft und Abgaben nimmt.

Rücktritte

Gerichte. Der Kantonsrat nahm Kenntnis vom Rücktritt von Marianne Graf, Ennetbürgen, als Jugendanwältin per 30. Juni 2011.

Motionen

Erheblich erklärt wurden die Motionen

- M 372 von Adrian Schmassmann, Eich, über die Ausarbeitung eines Entwurfs für ein Gesetz zur Förderung von Sport und Bewegung,
- M 604 von Adrian Bühler, Eschenbach, über die Erhöhung der Studiengebühren für ausländische Studierende,
- M 717 von Romy Odoni, Rain, über die Einführung einer Liste von säumigen Prämienzahlern,
- M 726 von Roland Vonarburg, Schötz, über verursachergerechte Einbürgerungsgebühren.

Teilweise erheblich erklärt wurden die Motionen

- M 660 von Alain Greter, Luzern, über die Einführung des Öffentlichkeitsprinzips in der kantonalen Verwaltung,
- M 727 von Paul Winiker, Kriens, über die Erhöhung der Studiengebühren für Studenten aus dem Ausland.

Abgelehnt wurden die Motionen

- M 692 von Margrit Steinhauser, Luzern, über die Wiedereinführung der unentgeltlichen Rechtsauskunft bei den Gerichten sowie der Schlichtungsbehörde für Miete und Pacht,
- M 518 von Erich Leuenberger, Nebikon, über die Änderung von § 21 des Gebührengesetzes (SRL 680) betreffend Rückerstattung von kantonalen Schulgeldbeiträgen,
- M 621 von Monique Frey, Emmen, über die Anpassung des Gesetzes über die öffentlichen Beschaffungen.

Postulate

Erheblich erklärt wurden die Postulate

- P 522 von Alain Greter, Luzern, über die sozial und ökologisch vorbildliche Holzbeschaffung im Kanton Luzern,
- P 632 von Marie-Theres Knüsel Kronenberg, Dagmersellen, über die Förderung einer bedarfsgerechten Medienerziehung der Kinder und Jugendlichen,
- von Felicitas Zopfi-Gassner, Luzern, über das Ausmass und die Entwicklung der Armut im Kanton Luzern (eingereicht als Motion M 659),
- von Felicitas Zopfi-Gassner, Luzern über einen abgestuften Prozentsatz für die Berechtigung zum Bezug von individuellen Prämienverbilligungen (eingereicht als Motion M 698),

- P 732 von Adrian Borgula, Luzern, über die Verbesserung und Optimierung der Zufahrt von Bussen zum Bahnhof Luzern,
- P 791 von Pius Höltschi, Aesch, über die Kompetenz der Baubewilligungen für die Erstellung oder den Ausbau von Trafostationen (TS) der CKW ausserhalb der Bauzonen,
- P 750 von Urs Dickerhof, Emmenbrücke, über die kantonale Abendverkaufsregelung,
- P 625 von Roland Vonarburg, Schötz, über die Abänderung der Statuten der Luzerner Kantonalbank.

Teilweise erheblich erklärt wurden die Postulate

- P 712 von Reinhold Sommer, Schötz, über die Ausdehnung der Öffnungszeiten des Passbüros,
- P 752 von Paul Winiker, Kriens, über einen Mietverzicht der Hochschule Luzern im City Bay.

Abgelehnt wurden die Postulate

- P 564 von Alain Greter, Luzern, über die Einführung von Energierappen – Solidarität mit Entwicklungsländern für die Produktion erneuerbarer Energie,
- P 722 von Alain Greter, Luzern, über eine Konsultativabstimmung zu neuen Atomkraftwerken in der Schweiz,
- P 646 von Patrick Meier, Root, über die Förderung eines Weiterbildungsangebotes in Sportmedizin,
- P 684 von Roland Vonarburg, Schötz, über Weisungen für den Vokal- und Instrumentalunterricht von Lernenden an Gymnasien und Fachmittelschulen des Kantons Luzern.

Anfragen

Schriftlich beantwortet wurden die Anfragen

- A 805 von Pius Zängerle, Adligenswil, über die Rolle des Kantons Luzern als Aktionär der Rheinsalinen AG und zu seiner Vertretung in deren Verwaltungsrat,
- A 561 von Christian Graber, Grossdietwil, über die Zusammenlegung der katholischen theologischen Fakultäten der Universitäten Luzern und Freiburg,
- A 599 von Paul Winiker, Kriens, über Studienkosten und -gebühren ausländischer Studenten,
- A 670 von Alain Greter, Luzern, über das Zentrum für Asylsuchende Witenthor in Malters,
- A 695 von Luzia Ineichen, Gelfingen, über Therapieplätze für Minderjährige im Kanton Luzern,
- A 702 von Lathan Suntharalingam, Luzern, über eine Ausnüchterungsstelle,
- A 699 von Urs Kunz, Luthern, über das Bienensterben und die Auswirkungen für den Kanton Luzern,
- A 629 von Rosy Schmid, Hildisrieden, über die Entwicklung der Wertschöpfung und der selbsterarbeiteten Mittel im Tourismus,

-
- A 701 von Margrit Steinhauser, Luzern, über mögliche gesetzliche oder organisatorische Optimierungen im Bereich GPS und daraus resultierende unerwünschte Folgen,
 - A 713 von Markus Odermatt, Ballwil, über die Folgen einer zweiten Gotthardröhre für den Kanton Luzern,
 - A 761 von Silvana Beeler Gehrler, Ebikon, über den Planungsbericht Biodiversität des Kantons Luzern,
 - A 790 von Marcel Omlin, Rothenburg, über die Umsetzung der Aufträge des Parlamentes im Zusammenhang mit der Neukonzeptionierung der Sempacher Schlachtfeier,
 - A 657 von Trix Dettling Schwarz, Buchrain, über problematische Anlagen, Flächen, Abfüllstellen oder Produktionsstätten der Armee,
 - A 716 von Peter Tüfer, Luzern, über die Lehrersituation im neuen Schuljahr.